



Herrn Präsident  
Jürgen Mandl, MBA  
Wirtschaftskammer Kärnten  
Europaplatz 1  
9021 Klagenfurt am WS

Klagenfurt am 06. Mai 2024

### **Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 28. Mai 2024**

#### **Lieferkettengesetz gefährdet Mittelstand und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen**

Die Freiheitliche Wirtschaft erhebt entschiedene Kritik gegen das Lieferkettengesetz, das still und heimlich durchgewunken wurde. Diese Entscheidung ist katastrophal für kleine Betriebe und birgt ernsthafte Konsequenzen für die Wirtschaft.

Das Lieferkettengesetz, das aus einer berechtigten Sorge um Menschenrechte und Umweltschutz entstanden ist, erweist sich als unkontrollierbares Bürokratiemonster. Ein erster Trugschluss besteht darin, dass es scheinbar nur auf Großunternehmen abzielt. In Wahrheit betrifft es jedoch alle Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette, einschließlich deren Vorlieferanten. Der bürokratische Aufwand und die Verantwortung, die kleinen und mittleren Unternehmen auferlegt werden, sind kaum zu bewältigen, sowohl personell als auch finanziell.

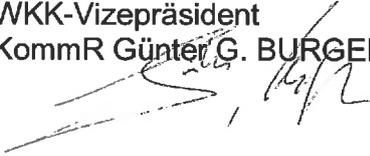
Das Lieferkettengesetz ist ein Angriff auf die wirtschaftliche Freiheit und Selbstbestimmung. Es wird kleine und mittlere Unternehmen übermäßig belasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, alle notwendigen Informationen entlang der Lieferketten zu finden und zu verarbeiten – einschließlich globaler Informationen – und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere ist eine Kontrolle der Lieferketten über mehr als einen Schritt nach hinten (Vorlieferanten) und nach vorne (Abnehmer), insbesondere global, nicht durchführbar.

Des Weiteren wurde in dem Gesetz auch der Green Deal verankert und die Unternehmen verpflichtet, die globale Erwärmung auf 1,5°C gemäß dem Pariser-Abkommen zu begrenzen. Das ist inakzeptabel. Mit diesem Bürokratiemonster wird ein weiterer großer Schritt in Richtung Schwächung der europäischen Wirtschaft gesetzt

**Antrag:**

Die Vertreter der Freiheitlichen Wirtschaft fordern daher die Wirtschaftskammer auf, sich in Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung dafür einzusetzen, die österreichischen Umsetzungsrichtlinien der EU-Lieferkettengesetz-Richtlinie entweder vollständig zurückzustellen oder praxistauglich zu gestalten, kein "golden Plating" durchzuführen und keinen vorauseilenden Gehorsam zu praktizieren, sondern sich auf das Mindestmaß der Umsetzung zu beschränken. Dabei sollte Augenmaß und Vernunft walten.

WKK-Vizepräsident  
KommR Günter G. BURGER



WP Delegierter Lim Stv.  
KommR Friedrich REINBOLD

